

Ulrich Schachtschneider

Ökologisches Grundeinkommen: Ein Einstieg ist möglich

In dem Beitrag wird zunächst das Prinzip eines ökologischen Grundeinkommens erklärt (1), um dann herauszuarbeiten, in welcher Weise es aus verschiedenen Sackgassen bisheriger Umweltpolitik herausführen kann (2). Doch es handelt sich längst nicht nur um eine geschickte Methode zur Vermeidung von Unzulänglichkeiten der Umweltpolitik, sondern könnte dem Green New Deal, der sich als hegemoniales Projekt zur gleichzeitigen Bearbeitung der ökologischen und ökonomischen Krise etabliert, zu einem libertären und deproduktivistischen Charakter verhelfen (3). Ein ökologisches Grundeinkommen hat zudem realutopischen Charakter. Es kann identitäre und materielle Interessen größerer Bevölkerungsteile verkörpern, so dass von einer potenziellen Hegemonie dieses Projekts gesprochen werden kann (4). Abschließend wird gezeigt, dass ein ökologisch finanziertes Grundeinkommen nicht nur der Schlüssel zum Schulterschluss von Ökologie- und Grundeinkommensbewegung ist, sondern sich besonders gut zu einer schrittweisen Einführung des Prinzips eines bedingungslosen Einkommens überhaupt eignet (5).

1 Ökologisches Grundeinkommen

Ein ökologisches Grundeinkommen (ÖGE) ist ein Grundeinkommen, welches durch Abgaben auf unerwünschten Umweltverbrauch finanziert wird. Das Aufkommen dieser Nutzungsentgelte (etwa einer Öko-Steuer auf Rohstoffe, CO₂-Emissionen, Flächenverbrauch etc.) wird gleichmäßig auf die Bevölkerung zurückverteilt. Jedem Bürger, vom Säugling bis zum Greis, von Reich bis Arm, wird damit ein „Öko-Bonus“ bzw. ein „ökologisches Grundeinkommen“ ausgezahlt. Es handelt sich also um die Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens über die Besteuerung einer bestimmten Form des Konsums – desjenigen Konsums, der die Umwelt nach unseren gesellschaftlichen Vorstellungen in falscher Weise belastet, der dem Ziel einer „nachhaltigen Entwicklung“ zuwiderläuft.

Halt – ist eine Finanzierung über die Verteuerung von Konsum nicht ungerecht gegenüber den Armen? Haben sie nicht am meisten zu leiden unter einer Erhöhung von Preisen für ihr tägliches Leben, denn die Nutzungsentgelte für Rohstoffe oder Emissionen werden über die Wertschöpfungsketten in die Endprodukte im Laden einfließen? Genau umgekehrt ist es: Wohlhabende haben einen höheren Konsum und damit in der Regel einen höheren Umweltverbrauch. Sie zahlen daher überdurchschnittlich, während sie durch die Pro-Kopf-Ausschüttung nur durchschnittlich von der Auszahlung profitieren, sind also Netto-Zahler. Ärmere und Kinderreiche hingegen gewinnen.

Eine Reihe von Forschungsergebnissen sprechen für diesen Zusammenhang:

- Ein Vergleich deutscher Städte zeigt eine klare Abhängigkeit der CO₂-Emission vom Pro-Kopf-Einkommen: Frankfurt etwa mit einem BIP von 66.800 €/Person emittiert 11,8 t pro Kopf und Jahr, Berlin mit einem BIP von 21.400

€/Person nur 5,6 t pro Kopf.¹ Die CO₂-Emission ist ein relativ guter Indikator für den Gesamt-Ressourcenverbrauch, da hoher Materialeinsatz in der Regel auch energieintensiv ist.

- Das Infrac-Institut Zürich verglich mit Hilfe ökonometrischer Simulationen die Wirkungen von verschiedenen Formen der Öko-Steuer und kam zu dem Ergebnis, dass eine Öko-Bonus-Lösung (also die paritätische Rückverteilung der Einnahmen) diejenige ist, die eine Umverteilung nach unten bedeuten würde.²
- Die Verbraucherzentrale NRW schlug 2008 die Einführung eines kostenlosen Strom-Grundfreibetrags von 250 kWh/Person und Jahr vor, der durch einen höheren Strompreis finanziert werden sollte („Stromspartarif“). Dieser Vorschlag stellt nichts anderes als eine Konkretion des Prinzips Öko-Bonus beim Stromkonsum dar. Eine Studie des Wuppertal-Instituts untersuchte die Wirkung dieser Tarifstruktur auf Haushalte, die von Sozialtransfers leben: 80% würden sich besser stellen als vorher.³ Der Grund: Auch der Stromverbrauch steigt in der Regel mit dem Einkommen.

Natürlich gibt es immer wieder auch Gegenbeispiele. Es gibt Ärmere, die besonders verschwenderische Konsumpraktiken haben und höher belastet wären. Und es gibt Reichere, die besonders Wert auf sparsamsten Umgang legen. Genau das ist aber auch Teil des dem ökologischen Grundeinkommens zugrunde liegenden Prinzips des „Tax and Share“: Für alle bleibt der preisliche Anreiz bestehen, mit weniger Umweltverbrauch hergestellte und daher billigere Güter vorzuziehen. Und für alle bleibt auch der preisliche Anreiz bestehen, einmal die Null-Option in Erwägung zu ziehen – also bestimmte schädliche Konsumtionen gänzlich sein zu lassen.

2 Aus den Sackgassen der Umweltpolitik

Das „ökologische Grundeinkommen“ (ÖGE) ist eine Antwort auf eine Reihe von grundlegenden Problemen, wenn nicht gar Aporien bisheriger Umweltpolitik.

Erstens: Das ÖGE führt aus dem Dilemma ökonomischer Instrumente der Umweltpolitik ohne Sozialausgleich: Ist der Ökosteuer-Satz zu niedrig, bewirkt er nichts. Ist er zu hoch, wird er unsozial. Hier ist es umgekehrt: Je höher die Sätze werden, desto größer wird der Umverteilungseffekt, und zwar international genauso wie intranational. Das Verfahren kann auf jeder räumlichen Ebene angewendet werden. Solange es etwa keine global verbindlichen Übereinkünfte gibt, kann auch eine Nation alleine damit beginnen, ihre zulässige Umweltnutzung durch Steuern bzw. Zertifikateverkauf zu begrenzen und durch die Rückverteilung der Einnahmen einen Umverteilungseffekt bei sich erreichen.

Zweitens: Ein ÖGE fördert ökologische Genügsamkeit, ohne bestimmte Lebensstile zur Norm zu erheben. Als soziale gerechtere Alternative zu ökonomischen Instrumenten der Umweltpolitik wird – häufig von linker Seite – verstärkte Ordnungspolitik eingefordert, die über das Setzen von Grenzwerten für die Produktion hinausgeht. Die Politik soll umweltschädliche, unnötige Konsumtionen schlicht und einfach verbieten. Ins Visier genommen werden dabei zuallererst die mit

¹ Economist Intelligence Unit (2011): German Green City Index, P. 13

² Infrac (o.J.): Soziale und räumliche Wirkung von Energieabgaben. Studie im Auftrag des Bundesamtes für Energie, Z-1

³ Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie; Ö-Quadrat (2008): Ökologische und ökonomische Konzepte: Kurzgutachten Stromspartarif

einem hohem symbolischen Luxus-, Schwachsinn- und Schädlichkeitsfaktor belegten Produkte wie Geländewagen, Südfrüchte, Fernreisen etc. Aber tendenziell alle ökologisch fraglichen Konsumtionen von unnötigen Autofahrten bis hin zu farbigem Toilettenpapier sollen für alle untersagt werden. Dies ist sozial, weil es jeden gleich trifft und möglicherweise auch ökologisch zielführend, schränkt aber die individuelle Freiheit unzulässig ein. Wir können nicht im Detail vorschreiben, welche Fahrzeuge zu welchen Anlässen wann benutzt werden dürfen, welche Möbel in welchen Wohnungen aufgestellt werden dürfen bei wie viel Kindern, welche Speisen aus welchen Ländern ich zu welchen Anlässen in welcher Menge zu mir nehmen darf etc. Das alles – und noch viel mehr – müsste nämlich festgelegt werden. Von welchem Standpunkt aus aber kann welcher Lebensstil untersagt bzw. gestattet werden? In welchen auch nur halbwegs demokratischen Verfahren sollte dies geschehen? Aus der Akzeptanz der Pluralität der Lebensstile in der Moderne folgt vielmehr, dass Regeln abstrakter werden müssen. Wenn wir nicht alles im Detail regeln können und wollen, kann dies nur über den Preis von Umweltnutzungen gehen. Nur er ermöglicht den Individuen eine der Modernen angemessene Handlungsfreiheit bei gleichzeitiger Setzung einer Grenze seines Gesamt-Umweltverbrauchs.

Durch ein ÖGE wird die Akzeptanz verschiedenster Lebensstile gewahrt, die im Rahmen der ökologisch-monetären Beschränkung gelebt werden können. Bestimmte Konsumtionen werden zwar unattraktiver, können aber einzeln bzw. in Maßen weiter vollzogen werden. Die umverteilende Wirkung des ökologischen Grundeinkommens sorgt dafür, dass diese individuelle Freiheit nicht auf Wohlhabende beschränkt bleibt, sondern sich im Gegenteil für alle Bevölkerungsteile eröffnet.

Drittens: Ein ÖGE ermöglicht ökonomische Sicherheit im ökologischen Umbau der Wirtschaft. Wie viele eigentlich als ökologisch schädlich oder als sozial zweifelhaft längst erkannte Produktionen werden heute nolens volens akzeptiert, wenn nicht sogar gefördert, weil daran in der arbeitsplatzfokussierten Regulation der kapitalistischen Ökonomie elementar die persönliche Existenz gekoppelt ist? Die für eine Akzeptanz der mit dem ökologischen Umbau der Wirtschaft verbundenen tiefgreifenden Wandel von Arbeitsplätzen, -strukturen und -qualifikationen nötige sozialpsychologische Situation ist „Angstfreiheit im Wandel“. Während in den hegemonialen Konzeptionen zur besseren Bearbeitung der ökologischen und ökonomischen Krise wie dem Green New Deal die Sorgen der Menschen mit der Aussicht auf neue Arbeitsplätze beruhigt werden sollen, besteht das Konzept des ÖGE in der Garantie sozialer Sicherheit – einer sozialen Sicherheit unabhängig von Wirtschaftswachstum! Die durch das Grundeinkommen bewirkte größere Wahlfreiheit des Einzelnen auf dem Arbeitsmarkt ist nicht nur emanzipatorischer Fortschritt, sondern auch ein ökologisches Plus: Der Zwang zu ökologisch problematischen ökonomischen Aktivitäten wird dann geringer.

Viertens: Ein ÖGE kann einen ökologisch-kulturellen Wandel auch für breitere Schichten attraktiv machen. In der ökologischen Debatte wird seit langem ein ressourcenleichter Lebensstil propagiert. Offensichtlich kommt dieser seit 20 Jahren von vielen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen mit viel medialem Aufwand betriebene Appell aber jenseits kleiner avantgardistischer Gruppen nicht an.

Ein ressourcenleichter Lebensstil besteht aus zwei Komponenten, dem „anders“ und dem „weniger“ Konsumieren. Soll dieses „Weniger“ nicht nur für Randgruppen attraktiv sein, so muss die Gesellschaft insgesamt weniger herrschaftsförmig werden. Ein genügsamerer Lebensstil, eine „Eleganz der Einfachheit“ kann sich nur entwickeln auf der Basis eines freiheitlichen Lebensalltags. Wer unten ist oder sich in welcher Weise auch immer unterdrückt fühlt, wer ständig ein Gefühl der Knappheit

empfindet, wer seine Arbeit als entfremdet wahrnimmt, wird sich nicht zu neuer Bescheidenheit überzeugen lassen. Er braucht vielmehr zur Kompensation demonstrativen Status-Konsum, entschädigende Erlebniswelten, führt Aufholjagden etc. Eine massenweise Hinwendung zum Weniger hat dann eine Chance, wenn sie nicht als mühsame, aber unvermeidbare Änderung daherkommt, sondern als Befreiung aus beengenden, stressigen, sozial isolierenden Verhältnissen ihre Attraktivität entfaltet. Bestandteil einer solchen Vision wäre etwa Zeitwohlstand, wäre etwa ein Leben in mehr – frei gewählten – Gemeinschaften, wäre ein Leben mit mehr individuellen Freiräumen, aber weniger Konsum- und Erwerbsdruck. Das ÖGE erleichtert es allen, aus der Tretmühle „Erwerbsarbeit - Konsum – Erwerbsarbeit“, zunächst einmal auf Probe auszusteigen. Neue Lebensstile des „Weniger“, des „Zeitwohlstands“, der stärkeren Orientierung auf nicht-monetäre Eigen- und Gemeinschaftsarbeit anstatt Erwerbsarbeit hätten eine Chance, auch jenseits von Randgruppen ausprobiert und geschätzt zu werden.

Die zweite Komponente eines ressourcenleichten Lebensstils ist das „Anders“, also der Konsum weniger umweltbelastender Alternativprodukte. Hierzu ist die ökologische Finanzierung des Grundeinkommens nicht nur passend, sondern eine notwendige Voraussetzung. Eine Kritik aus ökologischer Sicht gegen das Grundeinkommen lautet bekannterweise, dass dann mit der größeren Massenkaufkraft mehr umweltschädliche Dinge gekauft werden. Genau dies wird durch die Änderung der relativen Preise durch die ökologischen Steuern vermieden: Produkte mit großen ökologischen Rucksack werden teurer als ihre umweltfreundlichen Alternativen.

Während die Argumente, die auf Sicherheit im sozial-ökologischen Wandel zielen, für das bedingungslose Grundeinkommen generell gelten, sind die anderen Gesichtspunkte nur mit dem ökologischen Grundeinkommen zu erreichen. Das ÖGE hat also das Potenzial, gleich aus mehreren Aporien der Umweltpolitik herauszuführen. Es kann die Ökosteuer sozial machen, es erhält die Freiheit des Lebensstils trotz ökologischer Einschränkungen, es verschafft massenweise Akzeptanz für den bedrohlich erscheinenden ökologischen Strukturwandel der Wirtschaft, es eröffnet Räume für genügsame Lebensstilorientierungen jenseits kleiner Randgruppen.

Dies alles sind Argumente, die das ÖGE instrumentell, als geschickte und richtige Methode zur Vermeidung von Sackgassen der Umweltpolitik begründen. Die dem ÖGE zugrundeliegende Idee des Tax and Share kann aber auch eigentumsphilosophisch, über das Besitztum aller Menschen an der Erde und ihren natürlichen Ressourcen legitimiert werden. Eine erste Idee dazu findet sich schon bei Thomas Spence im Jahre 1796. Für landwirtschaftliche Nutzung sollte eine Bodenrente bezahlt werden, von der zwei Drittel regelmäßig an alle Bewohner, die „Jungen wie die Alten gleichermaßen“ regelmäßig auszuzahlen sei. Seine Ausgangsdiagnose war, dass nicht alle die Möglichkeit hätten, auf der Basis von Landbesitz von den Bodenerträgen durch Landwirtschaft zu leben, die Erde aber allen gehöre. Folglich habe jeder einen Anspruch auf einen Anteil dieser Erträge, die erst durch die Nutzung der Natur entstehen würden.

Eine aktualisierte, sozusagen auf sämtliche knappe Ressourcen der Erde übertragene Form dieses Grundgedankens findet sich bei Peter Barnes („Kapitalismus 3.0“) mit seiner Idee eines „Sky Trust“.⁴ Auch sein Ausgangspunkt ist die Annahme, dass die natürliche Umwelt mit ihrer Atmosphäre, ihren Ressourcen

⁴ Barnes, Peter (2008): Kapitalismus 3.0. Ein Leitfaden zur Wiederaneignung der Gemeinschaftsgüter, Hamburg

und ihren Senken ein Gemeingut aller Erdenbürger darstellt. Wer dieses Gemeingut nutzen will, hat die Eigentümer um Erlaubnis zu fragen. Bei ökologisch problematischen Nutzungen wie etwa CO₂, Flächen, Metalle etc werden über den „Sky Trust“ Gebühren erhoben, die allen Erdenbürgern zustehen.

3 Ein libertärer und antiproduktivistischer Green New Deal

Bisher ist das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) im Wesentlichen als Antwort auf die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Krise der Erwerbsarbeit diskutiert worden. Claus Offe etwa sieht im BGE das Potenzial, Strukturprobleme und Gerechtigkeitslücken fortgeschrittener Industriegesellschaften in einer „prononciert freiheitlichen (,links libertären', der Grundnorm gleicher realer Freiheit verpflichteten) Weise“ zu bewältigen. Die zentralen Strukturprobleme sind für ihn zum einen das „Produktionsproblem, das durch die institutionell geregelte Beantwortung der Frage gelöst wird, welche Personen welche Arbeitsaufgaben übernehmen sollen“ und zum anderen das „Verteilungsproblem: Wer hat, gleichsam nach getaner Arbeit, einen Anspruch auf welchen Teil des Produkts“.⁵ Jürgen Habermas sieht das BGE als revolutionären Schritt zur Bändigung der Systeme Ökonomie und Staat, um den Bann zu brechen, den der „Arbeitsmarkt über die Lebensgeschichte aller Arbeitsfähigen“ verhängt.⁶ Diese beiden prominenten Autoren seien hier nur beispielhaft genannt – in der gesamten das BGE protezierenden Literatur fokussiert sich die Argumentation auf Probleme des Sozialstaats und der Arbeitsgesellschaft.

Seltsam unterbelichtet bei all diesen Betrachtungen bleibt die ökologische Frage. Dabei ist die Krise fortgeschrittener Industriegesellschaften auch eine Krise des gesellschaftlichen Naturverhältnisses. Der fordistische Wohlfahrtsstaat konnte seine den Sozialstaat stabilisierenden Wachstumsraten nur auf der Basis einer fast rücksichtslosen Ausbeutung natürlicher Ressourcen und Senken realisieren. Die fordistische Regulationsweise mit seiner ständig steigenden industriellen Massenproduktion ist in den 1970er Jahren nicht nur durch Probleme der Sozialstaatsfinanzierung ins Wanken geraten, sondern auch durch steigende Kosten für die Nutzung natürlicher Ressourcen, die Vermeidung von Schädigungen der Umwelt oder deren Restaurierung. Man denke z.B. an die Ölkrise 1973.

In der den Fordismus beerbenden Phase der neoliberalen Regulation konnten freilich die Strukturprobleme der Arbeitsgesellschaft ebenso wenig dauerhaft gelöst werden wie die Strukturprobleme des gesellschaftlichen Naturverhältnisses. Zwar sind seit den 1980er Jahren Fragen des Umweltschutzes erstmals breiter in Politik und Gesellschaft bearbeitet worden und Bestandteil der Regulationsweise dieser Phase des Kapitalismus geworden. Umweltpolitik ist allerdings nur insoweit in die politische Ökonomie eingeflochten worden, wie sie kompatibel war mit den neoliberalen Dogmen der Privatisierung, der Deregulierung, mit dem liberalen Produktivismus: Umweltschutz darf das Wachstum und den Wettbewerb nicht gefährden – die Betriebe dürfen also keine allzu starken Auflagen oder Besteuerungen bekommen, die Konsumprodukte dürfen nicht zu teuer werden.

⁵ Offe, Claus (2009): Das bedingungslose Grundeinkommen als Antwort auf die Krise von Arbeitsmarkt und Sozialstaat, S. 21. In: Neuendorf/Peter/Wolf (Hg.): Arbeit und Freiheit im Widerspruch?. Bedingungsloses Grundeinkommen – ein Modell im Meinungsstreit. Hamburg.

⁶ Habermas, Jürgen (1985): Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien, S. 157. In: Die neue Unübersichtlichkeit. Frankfurt ,

Heute wird einer kritischen Öffentlichkeit klar, dass der Neoliberalismus nicht nur die Finanzkrise ermöglicht hat, sondern auch einer besseren Bearbeitung der ökologischen Frage im Wege steht: Eine durch Deregulierung forcierte Globalisierung der Produktion erhöht den Energieverbrauch durch Transportprozesse und verunmöglicht die Durchsetzung ambitionierter Umweltstandards; die Herrschaft der Finanzmärkte lenkt die Kapitalströme auf kurzfristige Gewinne statt auf die Entwicklung nachhaltiger Produktionsverfahren; die soziale Polarisierung unterläuft die Bereitschaft zur solidarischen Teilung ökologischer Lasten etc.

Die oben diskutierten Probleme der Umweltpolitik sind zwar schon im Fordismus wirksam, werden aber durch diese neoliberale Regulation noch mal verschärft: Bei verstärkter sozialer Polarisierung ist eine Besteuerung von problematischem Umweltverbrauch noch schwieriger zu legitimieren und gilt die Propagierung genügsamer Lebensstile als Trick 17 der Oberen; bei der Herrschaft der Finanzmärkte mit jederzeit unberechenbaren Folgen für den eigenen Arbeitsplatz kann sich ein Gefühl der Sicherheit im Wandel schwerlich einstellen etc.

Als hegemoniale Antwort zur gleichzeitigen Bearbeitung von Wirtschafts- und Ökokrise schält sich die Idee eines „Green New Deal“ heraus. Die Kernidee besteht darin, einen staatlich gestützten Innovations- und Investitionsschub bei grünen Technologien auf einem grünen Markt zu erreichen. Das dadurch induzierte wirtschaftliche Wachstum soll gleichzeitig ökologischen Fortschritt bringen, da mit den neuen Technologien weniger Umwelt verbraucht und geschädigt werde. Diese Idee wurde zunächst von der Partei DIE GRÜNEN, grünen Think Tanks und NGOs in die Debatte gebracht. Sie wird jedoch zunehmend mehrheitsfähig in der gesamten politischen Klasse, wenn auch andere Bezeichnungen verwendet werden.

Green New Deal ist jedoch nicht gleich Green New Deal. Ganz unterschiedlich wird die soziale Seite des Deals sowie die Wachstumsfrage konzipiert. Hier lassen sich drei Ansätze unterscheiden.

Im „Green New Deal“ der Grünen, der Heinrich-Böll-Stiftung⁷ u.a. besteht der Deal in der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und dem dazugehörigen Empowerment der Arbeitnehmer, die aus den Alt-Industrien herausgedrängt sind oder es noch werden. Durch Erhöhung der Bildungsausgaben und -chancen sollen die von Ausschließung Bedrohten wieder in die (Arbeits-)Gesellschaft hereingenommen werden. Dies ist gleichzeitig funktional notwendig, denn die neuen grünen Arbeitsplätze erfordern ungemein höhere Qualifikationen als die alten massenindustriellen Fertigungslinien. Die soziale Frage als Verteilungsfrage hingegen gilt als weitgehend gelöst, eben durch den historisch längst vollzogenen New Deal. Die Induktion eines grünen Marktes durch Bepreisung von als schädlich angesehenen Umweltnutzungen wie etwa CO₂-Emissionen, Verschmutzungen verschiedener Umweltmedien, Rohstoffverbräuchen etc erfordert daher allenfalls ein paar Maßnahmen zur Linderung besonderer Härten.

Der „sozial-ökologische New Deal“ oder „Pakt für nachhaltige Entwicklung, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz“⁸, wie ihn etwa linke Parteien oder Gewerkschafter fordern, basiert ebenso auf dem Mix von staatlichen Investitionen einerseits und der staatlichen Anregung von privaten grünen Investitionen andererseits. Diese Investitionen sollen jedoch primär durch ordnungsrechtliche Gebote und Verbote über zulässige Techniken und Grenzwerte angestoßen werden. Der zweite Unterschied besteht in der Rolle von Umverteilung

⁷ Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) (2009): Auf dem Weg zu einem Green New Deal. Die Klima- und die Wirtschaftskrise als transatlantische Herausforderungen. Berlin. www.boell.de

⁸ Europawahlprogramm der Partei DIE LINKE 2009

von Arbeit und Einkommen, etwa der 30-Stunden-Woche als Normalvollarbeitszeit bei Lohnausgleich, einer hohen sozialen Sicherung, Mindestlöhnen etc. Die Umverteilung löst gleichzeitig den Knoten im Investitionsstau, da die bisher schwache Binnennachfrage angeregt wird. Finanziert werden soll dies durch höhere Steuern für Wohlhabende und Unternehmen. Gemeinsam ist diesem „Sozialen Green New Deal“ der Linken und dem „Green New Deal“ der Grünen allerdings die Hoffnung auf Wirtschaftswachstum als Löser von Wirtschaftskrise und ökologischer Krise.

Eine dritte Variante wird in der Studie des Wuppertal-Instituts „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ dargelegt. Im Rahmen eines „neuen Gesellschaftsvertrags“ sind die „Bürger als Unternehmer und Konsumenten aufgerufen, einen Teil ihrer Kapital- und Komfortmacht an die Natur und die Schlechtergestellten auf dem Globus abzutreten.“⁹ Die Menschen im Norden bzw. die globale Konsumentenklasse sollen ihren Lebensstil in Richtung Genügsamkeit ändern, anstatt das bisherige Wohlstandsmodell mit neuer Umwelttechnologie zu verlängern. Im Unterschied zu den Varianten des Green New Deal mit Wachstum wird die Verteilungsfrage deshalb gestellt, weil die Autoren offensichtlich eine andere Einschätzung der Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum mit einem nachhaltigen gesellschaftlichen Naturverhältnis haben: „Die Wachstumsorientierung steht in starker Spannung zur Nachhaltigkeit. Zukunftsfähigkeit erfordert deshalb, schon heute vorsorgend Wege zu einer Wirtschaftsweise einzuschlagen, die allen Bürgern ein gedeihliches Leben sichert, ohne auf ständiges Wachstum angewiesen zu sein.“¹⁰ Dieses Konzept kann als „Sozialer Green New Deal ohne Wachstum“ bezeichnet werden.

Ein ÖGE könnte ein zentrales Element des dafür vorgeschlagenen Gesellschaftsvertrages sein. Durch die Besteuerung von Umweltverbrauch würden die „Bürger“ einen Teil ihrer „Komfortmacht“ an die „Natur“ (durch das Weglassen bestimmter Konsumtionen) und an die „Schlechtergestellten“ (durch die Auszahlung an jeden) abgeben. Aber ein ÖGE ist mehr als ein Umverteilungsmodell. Mit einem ÖGE kann der Green New Deal einen libertären Charakter erlangen, da die Spielräume zur Gestaltung eines eigenen Lebensplans für alle, nicht nur die Begüterten, größer werden.

Mit dem ÖGE wird der Green New Deal zudem antiproduktivistisch, denn es bewirkt neben der Förderung technologischer Alternativen mit geringerem Ressourceneinsatz einen Rückgang ökonomischer Aktivitäten. Zum einen verteuert es Konsum, zum anderen wird aufgrund eines steigenden Anteils sozialer Sicherung eine Arbeitsaufnahme unattraktiver – ob als Arbeitnehmer oder Selbständiger. Neben den technischen Wegen der Effizienz und der Konsistenz (Verträglichkeit anthropogener und natürlicher Stoffkreisläufe, z.B. Kreislaufwirtschaften) wird auch der nicht-technische Weg der Suffizienz, d.h. der Genügsamkeit gefördert. Das Verhältnis von technischem und nicht-technischem Weg kann nicht vorausgesagt werden. In jedem Fall aber hat das ökologische Grundeinkommen eine deproduktivistische Komponente und ist damit Bestandteil einer Postwachstumsökonomie. Die deproduktivistische Wirkung läuft der Finanzierungsfunktion für das Grundeinkommen nicht entgegen. Werden weniger Güter konsumiert und produziert, was aus ökologischen Gründen erwünscht ist, kann das Aufkommen dennoch gleich bleiben oder sogar steigen: Durch die sukzessive

⁹ BUND, EED (Hg.) (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, Frankfurt a.M., S. 607

¹⁰ BUND, EED (Hg.) (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Einblicke. S. 25

Erhöhung der Steuersätze. Die Aufrechterhaltung des Ausschüttungsvolumens erfordert also nicht die Aufrechterhaltung einer bestimmten Menge einer unerwünschten, umweltbelastenden Produktion, wie einige Kritiker einwenden.

Zusammengefasst kann gesagt werden: Ein ÖGE als Kern eines libertären und antiproduktivistischen Green New Deal würde nicht nur eine höhere Stufe des Sozialstaats konstituieren, sondern auch eine höhere Stufe des Umweltstaates. Eine höhere Stufe deswegen, weil – ganz im Sinne von Offe – die Strukturprobleme der Arbeit und die Strukturprobleme der Umwelt im Sinne der „Grundnorm gleicher realer Freiheit“ gelöst würden. Eine höhere Stufe deswegen, weil – ganz im Sinne von Habermas – die Dominanz der Systeme Markt und Staat über die Lebenswelt zurückgedrängt wäre.

Fraglich ist natürlich, ob durch ein ÖGE die drei gesellschaftlichen Bereiche Lebenswelt, Markt und Staat tatsächlich in eine „neue Balance“, wie Habermas hofft, gebracht werden könnten. Oder aber ob nicht ständig mit einer „Kolonialisierung“ der Lebenswelt, also zerstörenden Grenzüberschreitungen der geld- und machtgesteuerten Systeme Markt und Staat gegenüber der von ihnen befreiten Sphäre des Grundeinkommens zu rechnen ist. Könnte sich – so wäre zu fragen - das Regulierungsprinzip Ökologisches Grundeinkommen gegen die damit eingeschränkten Profitsprüche dauerhaft im Rahmen einer stabilen neuen Entwicklungsphase des Kapitalismus behaupten? Vielleicht hat aber auch ein ökologisches Grundeinkommen eine derart wachstumshemmende Wirkung, die eine Integration in eine stabile Entwicklungsweise des Kapitalismus nicht zulässt. Um diesen Fragen näher zu kommen, könnte etwa der Regulationsansatz als eine Theorie des Wandels der gesellschaftlichen Konstitution der Ökonomie des Kapitalismus neu angewendet werden. In diesem Zusammenhang wäre „Kapitalismus“ sicher auch erst einmal genauer zu definieren. Kann man noch von „Kapitalismus“ sprechen, wenn die Kapitaldominanz durch entsprechende gravierende Regulierungen wie ein ÖGE zurückgedrängt ist?

4 Ein hegemonialer Block ist möglich

Doch jenseits solcher akademischer Fragestellungen gilt es, die Durchsetzungschancen eines ÖGE in den Blick zu nehmen. Zunächst kann die Idee des ÖGE die Grundeinkommensbewegung mit größeren Teilen der Umweltbewegung zusammenführen, die die oben beschriebenen Aporien der Umweltpolitik vergegenwärtigen und an ihrer Überwindung ein starkes Interesse haben. Dieses Bündnis allein würde einen großen Schritt nach vorn bedeuten. Ein ÖGE hat aber auch darüber hinaus ein hegemoniales Potenzial. Die gleichzeitige soziale, ökologische und emanzipative Qualität eines ÖGE lässt zumindest auf die Möglichkeit einer breiten Zustimmung durch einen hegemonialen Block schließen.

Als hegemonialen Block definiert der Regulationstheoretiker Alain Lipietz (in Anlehnung an Gramsci) eine Koalition sozio-ökonomisch konstituierter Gruppen, die ihr »Projekt« als dasjenige der Gesamtgesellschaft legitimieren und es dadurch realisieren können. Ein hegemonialer Block stellt einen weitreichenden Konsens dar. Er muss eine so große Ausdehnung haben, dass diejenigen, deren Interessen unberücksichtigt werden, „sehr minoritär“ sind. Der Konsens fußt auf der Berücksichtigung sozial-psychologischer, materieller und ideologischer Bedürfnisse:

Innerhalb eines hegemonialen Blocks müssen die Individuen „ihre Identität, ihre Interessen und Meinungsverschiedenheiten ausdrücken können.“¹¹

Im Sinne einer ersten vorsichtigen Annäherung soll hier nur angedeutet werden, in welcher Weise ein ÖGE mit bestehenden Konsumstilen, Identitäten und Wertorientierungen wesentlicher gesellschaftlicher Schichten, wie sie etwa in den Sinus-Milieus¹² für Deutschland herausgearbeitet worden sind, Übereinstimmungen aufweisen könnte. Ein ÖGE erhöht – kurz gesprochen – die Realisationschancen für ressourcenschonende, postmaterielle Aktivitäten jenseits der Erwerbsarbeit. Die Sinus-Studie kennt mindest vier Milieus mit einem Bevölkerungsanteil von insgesamt ca. 35%, deren Identität und deren Wertorientierungen deutlich in diese Richtung gehen. Da sind zunächst die „modernen Performer“ (10%), die „junge, unkonventionelle Leistungselite“. Ihr Ehrgeiz bezieht sich auf das „eigene Ding“, jenseits des materiellen Erfolges. Ihr Konsumstil ist durch die Lust am Besonderen, an Kultur und Multimedia geprägt, außerdem gibt es großes Interesse an sportlicher Betätigung. Die „Experimentalisten“ (9%), die individualistische „neue Boheme“ aus der Mittelschicht, haben große Lust am Leben und Experimentieren, gehen kreativen Tätigkeiten nach. Ihnen ist materieller Erfolg weniger wichtig und ihr Hauptinteresse richtet sich auf Musik, Kunst, Kultur und Bücher. Die „Postmateriellen“ (10%), das aufgeklärte Nach 68er-Milieu mit liberaler Grundhaltung, postmateriellen Werten und intellektuellen Interessen, richtet seine Ansprüche auf die Entfaltung von individuellen Bedürfnissen und Neigungen, auf das Schaffen von Freiräumen für sich und auf mehr Zeitsouveränität. Überflüssigen Konsum lehnen sie ab, sie schätzen „subtile Genüsse“, die ihren Preis haben dürfen, kaufen selektiv nach dem Motto „Weniger ist mehr“.

Etwas schwieriger wird es mit den „Hedonisten“ (11%), den Spaßorientierten aus der modernen Unterschicht. Sie verweigern zwar Konventionen und Verhaltenserwartungen der Leistungsgesellschaft, sind aber stark konsumorientiert, vorzugsweise an Unterhaltungselektronik, „Klamotten“ und Autos. Ein ÖGE kommt ihrer hedonistischen Leistungsskepsis entgegen, kollidiert jedoch mit ihren Konsumbedürfnissen, da diese sich verteuern könnten. Ebenso indifferent derartigen Transformationsprojekten gegenüber verhalten könnte sich die „bürgerliche Mitte“ (15%), der „statusorientierte moderne Mainstream“ mit Streben nach beruflicher und sozialer Etablierung, nach gesicherten und harmonischen Verhältnissen. Ein ÖGE wird möglicherweise als Bedrohung der eigenen Leistungsbereitschaft und des „verdienten Lohnes“ gesehen, kann aber genauso gut auch als Schritt zu mehr Lebenssicherheit, als Sicherung gegen sozialen Abstieg gewertet werden. Auch die Konservativen“ (5%), das „alte Bildungsbürgertum mit humanistisch geprägter Pflichtethik“ und erhöhtem Abgrenzungsbedürfnis, hätte einerseits Gründe für Vorbehalte, etwa gegen „leistungslose“ Einkommen. Andererseits beinhaltet ihre konservative Kulturkritik die Ablehnung von Konsumorientierung bzw. die Betonung von immateriellen Werten und sozialem Engagement, welches etwa durch das ÖGE befördert wird. Widerstände hingegen sind eher zu erwarten von den „Traditionsverwurzelten“ (14%) in der kleinbürgerlichen und traditionellen Arbeiterkultur, den „Konsum-Materialisten“ (12%), der materialistisch geprägten Unterschicht, die über Konsum soziale Benachteiligungen zu kompensieren versuchen sowie den „Etablierten“ (10%) mit einer Erfolgs-Ethik und Exklusivitätsansprüchen.

¹¹ Lipietz, Alain 1998 (1985): Das Nationale und das Regionale. In: Lipietz, Alain 1998: Nach dem Ende des goldenen Zeitalters: Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften. Hamburg

¹² Sinus-Institut 2009; www.sinus-institut.de

Die hier im Schnelldurchgang durch gesellschaftliche Milieus nur angedeutete und abgeleitete (und keineswegs empirisch verifizierte) Stellung derselben zum Projekt ÖGE zeigt, dass zumindest in erster Näherung eine gute Chance für die Anschlussfähigkeit an vorhandene identitäre Bedürfnisse und Wertorientierungen vorhanden ist.

Um einen neuen hegemonialen, einen „historischen sozialen Block“ zu konstituieren, müssen auch materielle Interessen (nicht gleichzusetzen mit Interessen an materiellem Konsum) der tragenden Gruppen hinreichend berücksichtigt sein. Auch hier hat das Projekt eines ÖGE keine schlechten Karten: Es bedeutet erstens direkte Umverteilung nach unten (s.o.). Zweitens bewirkt ein Grundeinkommen aus ökologischer Besteuerung eine enorme Verbesserung der Position auf dem Erwerbsarbeitsmarkt. Auch dies hat einen umverteilenden Aspekt. Sind elementare Dinge des Lebens bereits gesichert, wird Erwerbsarbeit besser vergütet werden müssen. Dies gilt vor allem für schwere Arbeit verschiedenster Natur sowie für solche, deren Produkt vom Erbringer als weniger sinnvoll angesehen wird. Andersherum wird es auch mehr Tätigkeiten für wenig Geld bis hin zum Nulltarif geben. Etwa, wenn sich jemand selbst verwirklichen möchte, oder aber für Andere oder seine Gemeinschaft etwas Gutes tun möchte. Die Übergänge werden fließend sein und das ist auch richtig so angesichts vielfältiger Arbeitsmotivationen, die irgendwo auf dem Kontinuum zwischen reinem Geldinteresse und reiner Selbstverwirklichung oder reiner Nächstenliebe angesiedelt sind. Es kommt also gleichzeitig zu einer höheren Bewertung sowie einer Dekommerzialisierung von Arbeit. Drittens ist das Ganze mit einer Reduzierung von Umweltverbrauch verbunden, verbessert also eine nicht minder wichtige materielle Lebensbedingung – den Erhalt der natürlichen Umwelt. Im Prinzip alle gesellschaftlichen Gruppen und Milieus haben also einen materiellen Nutzen. Die Besserverdienenden büßen zwar Konsumtionsrechte ein, erhalten aber im Gegenzug eine Verbesserung ihrer natürlichen und sozialen Umwelt – ein neuer Gesellschaftsvertrag (s.o.) könnte hier auf den Plan treten.

Nur wenige wären in diesen hegemonialen Block nicht integriert. Etwa diejenigen, die weiter auf ein Arbeitseinkommen oder auf Profit aus ökologisch und sozial zweifelhaften, aber zurückgedrängten Branchen wie etwa Kohle, Auto, bestimmte Teile des Finanzwesens etc. setzen und einen Wechsel in andere Branchen, etwa der Kultur etc ablehnen. Nicht integriert wären auch diejenigen, die den auf Grundeinkommensbasis leichter möglichen Lebensstilen mit mehr Gemeinschaft, mehr Zeit, aber weniger Geld nichts abgewinnen können.

Der großen Mehrheit aber kann eine solche Transformation Antworten geben auf konkret erfahrene soziale, emanzipatorische und ökologische Unzulänglichkeiten liberalisierter Marktökonomien, unter denen viele Menschen aus unterschiedlichsten Schichten und Milieus in unterschiedlichen Formen leiden: Nicht nur Arme empfinden die zunehmende materielle Spaltung als bedrückend. Nicht nur Mütter und Väter können angesichts zunehmender Ungleichverteilung von Arbeit ihre Lebensansprüche nicht mit den Anforderungen ihrer Erwerbstätigkeit vereinbaren. Nicht nur die neuen Selbständigen leiden unter dem Zwang, ihre kreativen Fähigkeiten für zweifelhafte Nachfragen verkaufen zu müssen. Nicht nur ökologisch Engagierte sehen zunehmend die Wachstumslogik als Ursache für das Unterlaufen partieller ökologischer Fortschritte. Das Transformationsprojekt eines ökologischen Grundeinkommens ist aber auch deswegen hegemoniefähig, weil es die – zu Recht positiv gewerteten – Freiheiten und Potenziale des Marktes nicht aufhebt. Das Wirtschaften und Leben wird nicht unter den problematischen Primat einer direkten Vergesellschaftung durch Planung im Rahmen von Gemeinschaften oder aber gar

Gesamtgesellschaften gestellt. Vielmehr können sich die emanzipatorischen Gehalte der Wahlfreiheit, der Flexibilität, der nicht-hierarchischen Koordination im Rahmen sozial-ökologischer Regulierung erst richtig entfalten.

5 Mit dem ÖGE einsteigen

Eine potenzielle Hegemonie für ein ÖGE heißt noch nicht, dass ein Vorschlag zu seiner Einführung jetzt mehrheitsfähig wäre. Wir können nicht auf ein „System-Hopping“ des Sozialstaates setzen, bei dem irgendwann auf einmal ab Montag früh das existenzsichernde bedingungslose Grundeinkommen gilt und alle anderen sozialen Sicherungssysteme abgeschaltet werden. Die Wirkung eines derartig abrupt wirkenden sozio-ökonomischen Groß-Experiments am lebendigen Körper der Gesellschaft ist zu unberechenbar – sind doch das gesamte ökonomische Gefüge, die Preise, der Arbeitsmarkt, die Nachfrage und die Produktion plötzlich völlig neuen Bedingungen ausgesetzt. Die Angst von Politik und Bürgern vor einem solchem Crash wäre unüberwindbar. Allenfalls in einer existenziell bedrohlichen Krisenlage oder einer Post-Katastrophensituation (z.B. nach einem Krieg) ist ein derartig abrupter Neuanfang denkbar. Darauf sollten wir nicht hoffen.

Neue Paradigmen lassen sich in der Regel nur über Prototypen und kleine Einstiegsprojekte etablieren. Ein ÖGE eignet sich hervorragend zu einer solchen schrittweisen Einführung. Es kann klein begonnen werden, um das Prinzip zunächst als solches zu verankern. Ein ÖGE kann langsam parallel zur bisherigen sozialen Sicherung aufgebaut werden. So kann Sicherheit im Wandel entstehen, so bleibt ausreichend Zeit für Anpassungsprozesse. Mit dem Prinzip des Tax and Share könnte auf verschiedenen Ebenen und bei verschiedenen Umweltmedien begonnen werden:

- Die Einnahmen aus den ab 2013 verstärkt zu versteigernden (und nicht mehr zu verschenkenden) Zertifikaten im Rahmen des EU-Emissionshandels werden auf ca. 10 Mrd. €/Jahr geschätzt. Werden sie pro Kopf ausgeschüttet, bekommt eine 4-köpfige Familie 500 €/Jahr „Öko-Bonus“ bzw. ökologisches Grundeinkommen. Es ist zu erwarten, dass sich die Einnahmen durch Verringerung der ausgegebenen Mengen (Cap) erhöhen. Bei einer Verdopplung der Einnahmen bekommt jeder 250 € im Jahr.
- Würde die „Ökosteuer“ in Deutschland so erhöht, dass die Endpreise für Strom und Brennstoffe um 10% steigen, könnte dieser Familie zusätzlich 1.000 € im Jahr ausgezahlt werden, bei einem Anstieg bis zu 50% wären es 4.000 € bzw. 1000 €/Person
- Es könnte eine Steuer auf Baustoffe, Metalle, seltene Erden (Metalle) etc eingeführt werden. Dies wäre nicht nur eine weitere Quelle für das Grundeinkommen, sondern würde einen Schub in Richtung Kreislaufwirtschaft bringen
- Die Neu-Versiegelung von Flächen (in Deutschland täglich ca. 100 ha) könnte mit einer Abgabe versehen werden, um diesen Prozess endlich wirksam zu verlangsamen
- Das ÖGE kann auch in materialer Form eingeführt werden, zum Beispiel als Basisfreimenge Strom oder Gas, finanziert über einen höheren Preis für den darüber hinausgehenden Verbrauch. Ein solcher „Spar-Tarif“ wurde von der Verbraucherzentrale NRW 2008 vorgeschlagen. Über das

Energiewirtschaftsgesetz könnte das Anbieten einer solchen Tarifstruktur bundesweit für jeden Versorger vorgeschrieben werden.

Das alles ergibt noch kein existenzsicherndes Grundeinkommen. Aber es sind Schritte in die richtige Richtung. Es ist die Basis für mehr. In welcher Weise dieses Mehr, der Rest zum existenzsichernden Grundeinkommen, dann später dazukommt, ist nicht vorgegeben. Eine Möglichkeit ist, die ökologische Besteuerung sukzessive zu erhöhen und auf weitere Umweltmedien auszuweiten, so dass irgendwann einmal eine existenzsichernde Höhe von ca. 1000 €/Monat erreicht ist. Eine andere Möglichkeit ist es, all die anderen vorgeschlagenen Finanzierungsarten zu addieren und so zu einem mischfinanzierten Grundeinkommen zu kommen.

In jedem Fall eignet sich das ökologische Grundeinkommen besonders gut zur Einführung des Prinzips: Jeder Mensch erhält ohne Bedingung einen Anteil am gemeinsamen Erbe der Gesellschaft, dem Reichtum an Ressourcen, Wissen und Produziertem, dem Reichtum an erster und zweiter Natur.

Ulrich Schachtschneider, Oldenburg (D)

Dipl.-Ing. Dr. rer.pol.
Energieberater, freier Autor, Bildungsarbeiter u.v.m.
Referent im Attac-Netzwerk
Gesprächskreis Nachhaltigkeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung

ulrich.Schachtschneider@gmx.de